



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kutschbach, A.: Der Konflikt zwischen Rumänien und Griechenland

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Konflikt zwischen Rumänien und Griechenland

Von A. Kutschbach



or kurzem wurde die politische Welt mit der Nachricht überrascht, daß sowohl Rumänien wie Griechenland und zwar zu derselben Zeit die wirtschaftlichen Repressalien widerrufen habe, mit denen sie sich gegenseitig bedacht hatten, um in ihrem Konflikt den andern Teil zur Unterwerfung zu zwingen. Wohl etwas voreilig knüpften die Zeitungen an diese Nachricht die Bemerkung, daß nunmehr der schon seit mehr als zwei Jahren währende Konflikt beigelegt sei, denn man hat auch bis heute noch nicht gehört, welches die nähern Bedingungen des Friedensabschlusses seien. Die Forderung, die Rumänien erhoben hatte, und über die es zum Bruche zwischen den beiden Staaten kam, bestand darin, daß Griechenland dem Unwesen der auf griechischem Gebiete gebildeten und zum Teil von aktiven griechischen Offizieren befehligten Banden in Mazedonien ein Ende mache, und daß es das ökumenische Patriarchat in Konstantinopel veranlasse, sich der Anwendung des im Mai 1905 unter hervorragender Mitwirkung Deutschlands erlassenen Fatahs des Sultans nicht länger zu widersetzen, laut dem den Kuzowalachen oder Mazedorumänen, wie sie in Rumänien genannt werden, die rumänische Nationalität zuerkannt wurde, wodurch diese das Recht erlangten, sich in Schule und Kirche der rumänischen Sprache statt der bisher üblichen griechischen zu bedienen. Gegenüber dieser Forderung erhob Griechenland den Einwand, daß es unwahr sei, daß es die Bildung von griechischen Banden begünstige, und ferner, daß es auf die Entschliessungen des Patriarchats, das eine vollständig unabhängige Körperschaft sei, keinen Einfluß ausüben könne.

Diesen beiderseitigen Standpunkt haben die zwei gegnerischen Staaten trotz aller freundschaftlichen Bemühungen der Mächte, eine Ausöhnung zu vermitteln, bisher auch beibehalten. Wenn nun ohne eine wenigstens bis heute in die Öffentlichkeit gelangte Nachgiebigkeit Griechenlands sich Rumänien bereit erklärt hat, in dem aus Anlaß jenes politischen Konflikts mit Griechenland geführten

wirtschaftlichen Kampfe — worin, da der Handel Griechenlands mit Rumänien weit bedeutender ist als umgekehrt der rumänische mit Griechenland, Rumänien der weniger leidende Teil war — die verfügten Maßregeln zurückzuziehen, so ist darin wohl zunächst das Bestreben des seit dem Kabinettswechsel vom März dieses Jahres wiederum das Staatsruder lenkenden alten Sturdza erkennbar, die Schroffheit des von dem frühern Kabinett Cantacuzino geführten Kampfes zu mildern, um auf einer freundlichen Basis wegen der Beilegung des Konflikts mit Griechenland zu verhandeln.

Nicht ganz ohne Zusammenhang mit diesem Schritte dürfte jedoch die wenig Tage später von der Hohen Pforte an die griechische Regierung gerichtete Note sein, worin diese in sehr energischen Worten ermahnt wird, dem griechischen Bandenwesen in Mazedonien ein Ende zu machen und sämtliche griechische Offiziere, die sich bei den Banden befinden, abzurufen. Es mag hierbei daran erinnert werden, daß Sturdza einige Zeit, bevor er wiederum zur Leitung des rumänischen Kabinetts berufen wurde, in Konstantinopel weilte, und daß schon damals seine Reise dorthin mit der Beilegung des Konflikts in Beziehung gebracht wurde. Es ist sehr leicht möglich, daß Abmachungen zwischen Rumänien und der Türkei bestehen, nach denen diese es unternommen hat, die durch die griechischen Banden fortgesetzt gestörte Ruhe in Mazedonien in energischer Weise wiederherzustellen und dem Trabé zur Respektierung zu verhelfen, das der Großherr zugunsten der Mazedorumänen erlassen hat. Denn die Umtriebe der Griechen sind darauf gerichtet, das Trabé zu durchkreuzen und dessen Nichtbeachtung zu erzwingen; mit ihren Operationen gegen die mazedorumänischen Gemeinden, die sie wieder unter den griechischen Kultus nötigen wollen, rebellieren sie zugleich gegen die Anordnungen des Sultans in einer von diesem noch beherrschten Provinz. Daß ein augenfällig gutes Einvernehmen zurzeit zwischen der Türkei und Rumänien besteht, kann man auch aus den Freundschaftsbezeugungen ersehen, die die Souveräne der beiden Staaten gegenseitig lezthin ausgetauscht haben: sie sandten sich unter Entfaltung eines besondern Gepränges ihre höchsten Orden. Es ist also wahrscheinlich, daß Sturdza die wirtschaftlichen Repressalien gegen Griechenland zurückgezogen hat im sichern Vertrauen darauf, daß nunmehr die Pforte die rumänische Forderung als die ihrige ansehen und sie erzwingen werde, ja vielleicht ist ihm dies sogar verbrieft worden.

Um die ganze, nicht uninteressante Streitfrage zwischen Rumänien und Griechenland, die die politische Welt schon des öftern lebhaft bewegt hat, zu verstehen, muß man einen Blick auf die Vergangenheit werfen. An den Abhängen des Pindus leben mehr als 300 000 rumänische Stammesgenossen, mit denen sich die Rumänen im Königreiche, was Nationalität und Kultur anlangt, verbunden fühlen. Schon im Jahre 1893 trat die rumänische Regierung an die Pforte mit dem Ersuchen heran, diesen Mazedorumänen, die in religiöser Beziehung dem ökumenischen Patriarchat unterstehen und fast durchweg griechische

Seelsorger haben, selbständige Kirchengemeinden zu gewähren und ihnen die Erlaubnis der Abhaltung des Gottesdienstes in rumänischer Sprache zu geben. Es begab sich damals zu derselben Zeit eine Delegation von Mazedorumänen, an deren Spitze sich der Pfarrer Balamaci aus Koriza in Albanien befand, mit einer die Forderung der rumänischen Regierung unterstützenden, von siebentausend Personen unterzeichneten Bittschrift nach Konstantinopel. Die Verhandlungen mit dieser Delegation zogen sich über ein Jahr lang, während welcher Zeit diese in Konstantinopel blieb, hin, und es gab Augenblicke, wo sie sich des Erfolges schon sicher wähnte. Es war die Rede davon, daß die Mazedorumänen ein kirchliches Oberhaupt erhalten sollten, entweder mit dem Sitze in Konstantinopel oder in Bitolia, und man war bereits auf der Suche nach einer geeigneten Persönlichkeit hierfür; doch zerfielen sich alle diese Verhandlungen schließlich, und zwar weil das ökumenische Patriarchat, beseelt von dem Wunsche, die Mazedorumänen der griechischen Propaganda in aller und jeder Beziehung anzugliedern, einen offenen und geheimen Widerstand der auf kirchliche Selbständigkeit der Mazedorumänen gerichteten Forderungen entgegensetzte, und weil die Hohe Pforte Furcht hatte, daß sie, wenn sie diese Forderungen bewilligte, beschuldigt werden könnte, ein Schisma in der rechtgläubigen Kirche herbeigeführt zu haben.

Um die Mazedorumänen für das Scheitern ihrer Hoffnungen einigermaßen zu entschädigen und ihnen das Interesse zu bekunden, das die rumänische Regierung an der Aufrechterhaltung und Förderung ihrer rumänischen Nationalität nehme, ließ darauf die rumänische Regierung in den verschiedenen Teilen Mazedoniens mit ihrer Unterstützung rumänische Ephorien errichten, denen die Leitung der Schulen, die die damalige rumänische Regierung in rascher Folge ins Leben rief, sowie die Leitung der religiösen Bewegung obliegen sollte; ja der damalige rumänische Kultusminister Take Ionescu trug sich sogar mit der Idee der Schaffung einer höhern mazedorumänischen Schule, einer Art kleiner Universität, in Konstantinopel.

Als jedoch im Jahre 1895 die Liberalen in Rumänien ans Ruder kamen, wurde der eben eingeschlagene Weg wieder verlassen, und die Delegation der Ephorie in Bitolia, die nach Bukarest gekommen war, um die Beibehaltung dieses Weges zu erbitten, wurde unter Drohungen zur sofortigen Wiederabreise genötigt. Die Folge war ein großer Wirrwarr unter den Mazedorumänen und eine Flut gegenseitiger Beschuldigungen, wovon die Griechen, die von jeher die Mazedorumänen für ihre Nationalität zu gewinnen trachteten, ja sich schon daran gewöhnt hatten, sie als ihre Stammesbrüder zu bezeichnen, nach Kräften Nutzen zu ziehen suchten.

Drei Jahre später sahen die Liberalen, durch die inzwischen gemachten Erfahrungen gewizigt, den begangnen Fehler ein und suchten die Gemüter der Mazedorumänen durch Bezahlung ihrer für die Erhaltung der Schulen und der Ephorien gemachten Schulden zu beruhigen, und als dann später wieder die

Konservativen die Regierung übernahmen, warfen diese von neuem bedeutende Summen für die Errichtung von rumänischen Volksschulen und einiger rumänischer Lyzeen in Mazedonien aus.

Dies änderte sich wiederum, als im Jahre 1901 die Liberalen wieder zur Regierung berufen wurden. Die für die rumänischen Schulen in Mazedonien im Etat stehenden Summen wurden um mehr als die Hälfte ermäßigt, die namentlich nach der griechischen Grenze zu liegenden Primärschulen zu einem großen Teil wieder aufgehoben und von den vorhandenen sechs Sekundärschulen drei aufgelassen. Damit wurde eine große Anzahl von Lehrern brotlos gemacht, und die Mazedorumänen wurden aufs neue an ihren Stammesbrüdern nördlich von der Donau irre. Es wurde damals viel von einer rumänisch-griechischen Allianz gesprochen, König Karol traf in Abbazia mit dem König Georg zusammen, und die rumänischen und die griechischen Studenten tauschten gegenseitige Besuche in Athen und Bukarest aus. Der Preis einer solchen Allianz konnte aber, wie weiterschauende sogleich richtig vermuteten, für Rumänien nur in der Preisgabe der Mazedorumänen und in der Auslieferung dieser an das Hellenentum bestehn. Bald wurden denn auch von Griechenland ausgehende dahinzielende Aspirationen bemerkbar, und die Rumänen, die vor kurzem noch eine Allianz mit den Griechen laut gepriesen hatten, fingen an einzusehen, daß um diesen Preis, um den Verrat an ihrem verlassenen Bruderstamm, eine solche Allianz zu teuer erkaufte sei.

Unter dem Drucke dieser täglich mehr erstarkenden öffentlichen Meinung sah sich auch das damalige Kabinett Sturdza zum Wiedereinlenken veranlaßt. Man fing an, die Freundschaft mit Griechenland lauer zu behandeln, dagegen erneute Summen für die Wiedereröffnung der geschlossenen rumänischen Schulen in Mazedonien auszuwerfen, den dortigen notleidenden Lehrern und Geistlichen ihre Gehalte nachzuzahlen und sie, sofern sie nach Rumänien oder anderswohin ausgewandert waren, wieder an die Stätte ihrer frühern Tätigkeit zu deren Wiederaufnahme zurückzuführen. Auch wurde neben dem alten rumänischen Konsulat in Bitolia noch ein neues Konsulat in Janina errichtet.

Auf den Rat des russischen Geschäftsträgers in Konstantinopel suchte ferner die russische Regierung den ökumenischen Patriarchen für die Wünsche der Mazedorumänen zu gewinnen. Auf rumänischer Seite gab man sich dabei der Hoffnung hin, daß sich der Patriarch, dessen Wahl seinerzeit nur unter dem Einflusse Rußlands zustande gekommen war, schon mit Rücksicht auf Rußland entgegenkommend zeigen werde. Sehr wider Erwarten fiel aber die Antwort verneinend aus. Es zeigte sich, daß das ökumenische Patriarchat noch immer dem Griechentum zuneigte, daß es in seiner Zusammensetzung — Synode und Laienrat — die historisch-griechische Tradition nicht aufzugeben gewillt sei. Daneben mag wohl auch die Besorgnis von Einfluß gewesen sein, daß die Gewährung des Gebrauchs der rumänischen Sprache beim Gottesdienst und die Bildung rumänischer Kirchengemeinden schließlich zur Aufrichtung eines mazedo-

rumänischen Erarchats nach bulgarischem Muster führen werde, was man in Bukarest allerdings für die zweckentsprechendste Lösung dieser Angelegenheit hält.

Später unternahm der ehemalige rumänische Metropolitprimas Ghenadie eine Reise nach Mazedonien, um sich durch Augenschein davon zu überzeugen, ob der Boden für die Schaffung einer mazedorumänischen Nationalkirche geeignet sei. Zugleich wollte er den Mazedorumänen Gelegenheit geben, einmal einen rumänischen Erzbischof zu sehen und sie in ihren schon zum Ausdruck gebrachten Wünschen bestärken. Aber obgleich Ghenadie die Reise ohne Vorwissen der rumänischen Regierung als einfacher Privatmann unternommen und auch in Mazedonien alles vermieden hatte, was bei dem ökumenischen Patriarchen Anstoß hätte erregen können — er hatte deshalb auch die mehrfach an ihn ergangene Aufforderung, einen Gottesdienst abzuhalten, abgelehnt —, nahm das Patriarchat diese Reise doch als einen ihm feindseligen Akt auf, und es richtete deshalb an die Synode der rumänischen Landeskirche in Bukarest eine Beschwerde. Die Synode antwortete, daß Ghenadie die Reise nach Mazedonien aus eigener Initiative und ohne ihr Vorwissen ausgeführt habe; zugleich benutzte aber die Synode die Gelegenheit, die kirchlichen Wünschen der Mazedorumänen warm zu befürworten und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß sie durch das Patriarchat endlich erfüllt werden möchten.

Mit dieser Antwort unzufrieden, wandte sich das ökumenische Patriarchat an die Hohe Pforte mit der Androhung, daß, wenn durch die türkische Regierung die kirchlichen Wünsche der Rußowalachen erfüllt würden, sich das Patriarchat genötigt sehen werde, zum Schutze seiner Privilegien zu derselben Politik seine Zuflucht zu nehmen, die es im Jahre 1871 gegen die Bulgaren angewandt habe, nämlich ein ökumenisches Konzil einzuberufen, das die Mazedorumänen als Schismatiker erklären werde.

So standen die Dinge, als zu Beginn des Jahres 1905 die Konservativen in Rumänien wiederum ans Ruder gelangten. Energischer als zuvor suchte man jetzt die Wünsche der Mazedorumänen zu erfüllen, und als der Wali von Sanina zwei mazedorumänische Schulinspektoren unberechtigterweise hatte gefangen nehmen lassen, nahm man dies zum Anlaß, bei der Hohen Pforte die endliche Anerkennung der Mazedorumänen als Nationalrumänen durchzusetzen. Zugleich wandte sich die Bukarester Regierung an die ihr befreundeten Mächte um Unterstützung dieses ihres Schrittes bei der Hohen Pforte, und sie hatte die Genugtuung, daß sich insbesondere Deutschland mit Nachdruck für ihre Forderung in Konstantinopel verwandte. Dank dieser Fürsprache Deutschlands wurde denn nun auch das lange erstrebte Ziel erreicht. Am 19. Mai 1905 erschien ein *Irade* des Sultans, worin die rumänische Nationalität der Rußowalachen ausdrücklich anerkannt wird. Mit dieser Anerkennung ist implicite für die Rußowalachen das Recht verbunden, eigne Kirchen und Schulen zu unterhalten und das Rumänische als Kirchensprache einzuführen.

Darob natürlich große Unzufriedenheit bei dem ökumenischen Patriarchen und der Heiligen Synode, insbesondre aber bei den Griechen, denen durch die Anerkennung der Mazedorumänen als Nationalrumänen eine Einbuße ihres Einflusses in Mazedonien drohte. Um sich diesen Einfluß zu erhalten, rüsteten sie unter Anführung aktiver Offiziere Banden aus, die die Aufgabe hatten, unter Mord und Brand eine wahre Schreckensherrschaft unter den Mazedorumänen auszuüben und die mit dem Tode zu bedrohen, die rumänische Kirchen besuchen und sich der rumänischen Sprache bedienen würden.

Die rumänische Regierung richtete deshalb wiederholt Beschwerden an das Kabinett zu Athen, und sie wurde hierbei unterstützt durch die Stimmung des rumänischen Volkes, das sich auf das höchste über den Terrorismus empörte, den die Griechen in den mazedorumänischen Gemeinden ausübten. Die griechische Regierung verlegte sich auf das Ableugnen, obgleich das Bestehen einer mazedonischen Gesellschaft in Athen, die auf griechischem Territorium Banden organisiert, mit Waffen versieht und sie dann unter Führung beurlaubter griechischer Frontoffiziere unter den Augen der griechischen Behörden über die mazedonische Grenze schickt, aller Welt bekannt ist, und obgleich durch aufgefangene oder vorgefundne Briefe die Verbindung griechischer Konsuln in Mazedonien mit den Banden — auch der griechische Konsul in Saloniki ist durch solche Briefe stark kompromittiert worden — völlig ausreichende Beweise in Bukarest vorliegen. Die griechische Regierung kehrte aber den Spieß um, indem sie behauptete, daß griechische Geschäftsläden in Rumänien zerstört und deren Inhaber mißhandelt worden seien, daß auch die rumänischen Behörden eine in Giurgiu vorgefallene Beleidigung der griechischen Flagge geduldet hätten, und sie forderte schließlich noch die sofortige Rücknahme der Ausweisung der Herausgeber des in Bukarest erschienenen griechischen Blattes *Patris*. Die rumänische Regierung konnte hierauf antworten, daß der Vorwurf der Zerstörung griechischer Geschäftsläden und der Mißhandlung der Inhaber völlig aus der Luft gegriffen sei, indem sich der Vorgang, auf den sich der Vorwurf stütze, auf eine Prügelei beschränke, die zwischen Mazedogriechen und Mazedorumänen, die übrigens sämtlich türkische Untertanen gewesen seien, in einem mazedonischen Kaffeehause stattgefunden habe, eine Ausschreitung, wegen der sich die Beteiligten vor Gericht zu verantworten hätten, daß es sich ferner bei der angeblichen Beleidigung der griechischen Flagge in Giurgiu nur um einen zusammengeflickten Lappen gehandelt habe, den ein Teilnehmer an einer Manifestation aus der Tasche gezogen und zerrissen habe, daß übrigens auch die bei diesem Vorgange anwesend gewesenen Polizisten gegenüber der großen Menge der Manifestanten an Zahl nicht ausreichend gewesen wären, um die Tat zu verhindern, und daß, was schließlich die Ausweisung der Herausgeber des Blattes *Patris* betreffe, jedes freie Volk das Recht habe, ihm lästig fallende Ausländer auszuweisen, und die Herren von der *Patris* hätten das ihnen in Rumänien eingeräumte Gastrecht sehr gröblich mißbraucht, indem sie

Sammlungen zu der Ausrüstung griechischer Banden veranstaltet und in ihrem Blatte *Hebartikel* gegen Rumänien veröffentlicht hätten.

Die griechische Regierung erteilte hierauf ihrem Gesandten in Bukarest die Weisung, auf unbestimmten Urlaub zu gehn und auch keinen Geschäftsträger zu hinterlassen. Dieser Vorgang, der insofern ungewöhnlich war, als der Gesandte nicht, wie es sonst in solchen Fällen üblich ist, seine Pässe verlangte und die im Lande lebenden Untertanen seiner Regierung dem Schutze des Vertreters einer andern Macht unterstellte, mußte selbstverständlich von der rumänischen Regierung mit der unter gleichen Modalitäten erfolgenden Beurteilung ihres Gesandten in Athen beantwortet werden. Und da die griechische Regierung ihre schon von der rumänischen Regierung entkräfteten Anschuldigungen in einem Rundschreiben an die Mächte wiederholte, sah sich die rumänische Regierung veranlaßt, ihren 1900 mit Griechenland abgeschlossenen Handelsvertrag zu kündigen. Dieser trat denn auch nach Ablauf der neunmonatigen Kündigungsfrist im Juli 1906 außer Kraft.

Seitdem wurde die Einfuhr griechischer Waren in Rumänien mit einer durch das Parlament beschlossenen Extrasteuer belegt, die so hoch war, daß sie einem Verbot der Einfuhr gleichkam, und außerdem wurde die Gewerbe- sowie die Immobiliensteuer der in Rumänien lebenden Griechen um ein vielfaches erhöht. Zahlreiche Griechen, darunter geschäftlich und gesellschaftlich sehr hochstehende Personen, gegen die der Verdacht rege wurde, daß sie mit den in Mazedonien operierenden griechischen Banden sympathisierten und sie finanziell unterstützten, wurden des Landes verwiesen. Selbstverständlich beeilte sich die griechische Regierung, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, und sie erließ gegen die Einfuhr rumänischer Waren in Griechenland und gegen die dort wohnenden Rumänen ähnliche Maßregeln. Da aber in Rumänien etwa 80 000 Griechen wohnen, und da der griechische Handel mit dem Donaukönigreiche von alters her sehr bedeutend ist, während in Griechenland nur 70 bis 80 Rumänen ihren Wohnsitz aufgeschlagen haben, und der rumänische Handel dorthin nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtausfuhr ausmacht, so war Griechenland bei diesem Kampfe in bedeutendem Nachteil gegenüber Rumänien. Jetzt sind nun, wie gesagt, diese Maßregeln von beiden Seiten aufgehoben worden, und wenn der von der Hohen Pforte getane energische Schritt, dem sich auch schon einige andre Mächte angeschlossen haben, in Athen den erhofften Erfolg haben wird, dürfte der endgiltige Friedensschluß nicht mehr lange auf sich warten lassen, und die diplomatischen Beziehungen unter den beiden Staaten wieder aufgenommen werden.

Erörtern wir aber bei dieser Gelegenheit auch einmal eingehender die Frage, mit welchem historischen Rechte die Griechen nicht nur die Mehrzahl der Einwohner Mazedoniens — unter denen neben Bulgaren und Serben die Aukowalachen die Minderheit bilden — sondern auch die von Epirus und Albanien als griechischen Ursprungs bezeichnen und deshalb für ihre Nationalität

reklamieren. Eine historische Studie, die hierüber der Präsident der „Gesellschaft für intellektuelle Kultur in Mazedonien“, Dr. Leonte in Bukarest, vor mehreren Jahren veröffentlichte, enthält hierzu ein recht interessantes Material.

Dr. Leonte bestreitet zunächst die Rechte der Griechen auf Albanien. Er verweist hierbei darauf, daß erwiesenermaßen dieses Land niemals zu Griechenland gehört hat, daß es immer von denselben Albanesen bewohnt war, die es noch heute zum größten Teil bevölkern, und daß man dort nicht ein einziges griechisches Dorf vorfindet. Ich kann dem noch hinzufügen, daß die Albanesen, deren Land ich des öftern bereist habe, trotz ihrer Nachbarschaft zu den Griechen und trotz des Einflusses, den diese in mancherlei Hinsicht zu gewissen Zeiten auf sie ausgeübt haben, so wenig von den Griechen angenommen haben, daß sie noch heute die Bauerntracht der Römer tragen, unter deren Herrschaft sie verhältnismäßig frühzeitig gelangt sind. Man findet zwar viele griechische Familien unter den Albanesen, doch sind diese im Laufe der Jahre eingewandert und immer zerstreut sesshaft; nie bilden sie ein Gemeinwesen für sich. Hätte man es hier mit Ureinwohnern zu tun, so würden sich doch noch ganze Siedlungen, ganze rein griechische Dörfer erhalten haben, die man aber in Albanien nirgends findet.

Auch was Epirus anlangt, so kann man so weit, wie man will, in die Vergangenheit zurückgehn, ohne zu finden, daß es je einmal zu Griechenland gehört hat oder mit ihm verbündet war. Im Gegenteil weiß man, sagt Dr. Leonte, daß sich Themistokles, als er sich zu Admetos flüchtete, mit diesem nicht verständigen konnte, da der König der Molossen nicht griechisch konnte. Auch zur Zeit des Peloponnesischen Krieges waren die Epiräer keine Griechen geworden. Wir erhalten hierüber von Thucydides vollständige Aufklärung. In seiner Geschichte liest man an verschiedenen Stellen folgendes: „Epidamnus (jetzt Durazzo) ist eine Stadt rechts vom Ionischen Golf. Sie ist umgeben von Taulentnern, einem barbarischen Volk. . . . Nach innern Zerwürfnissen kamen die Bewohner zum größten Teil um in einem Kriege mit ihren Nachbarn, den Barbaren.“ (Thucydides, I, Kapitel 24.) Und des weitern von Argos am Nordufer des Golfes von Arta redend, schreibt der berühmte griechische Geschichtschreiber: „... Überwältigt von Mißgeschick forderten die Einwohner die Ambraciten, ihre Nachbarn, auf, die Stadt zu teilen, und in ihrer Verbindung mit den Argoiern lernten die Ambraciter griechisch, denn der Rest der Amphilochei bestand aus Barbaren. Mit der Zeit jagten die Ambraciten die Argoier davon und behielten die Stadt.“ (Buch I, Kapitel 68.) Weiterhin bei der Abhandlung über Akarnanien, Zakynthos, Cephalonia und Naupactos sagt Thucydides: „Barbaren mischten sich zu den Griechen, und unter den Barbaren sah man viele Chaoner, die keine Könige haben; mit ihnen gingen die Thesproter, die ebenfalls keine Könige kannten. Die Molossen und die Antitonen wurden von Sabylinthus angeführt. . . . Die Chaoner und die andern Barbaren machten einen eiligen Marsch in der Hoffnung, diese Stadt zu nehmen und den Ruhm des Sieges zu haben.“

(Thucydides, II, Kapitel 80 bis 88.) Es geht aus diesem Zeugnis des Thucydides hervor, daß die Epiräer vierhundert Jahre v. Chr., also dreißig bis vierzig Jahre vor der Geburt Philipps des Dritten von Mazedonien, des Vaters Alexanders des Großen, der Griechenland unterwarf, keine Griechen sondern Barbaren waren.

Auch später sind die Epiräer nicht Griechen geworden. Der berühmte französische Geograph Malte-Brun schreibt hierüber im fünften Kapitel seiner Geographiegeschichte: „Epirus, das alle andern Griechen von Griechenland ausschließen, wird von Strabon mit Äthrien und Mazedonien zusammen geschildert. Seine hauptsächlichsten Kantone waren in Chaones: Thesprotis und Molossis. Strabon und Plutarch lehren uns, daß die Epiräer eine besondre Sprache sprachen, die mit mazedonisch gleichlautend war. Es scheint, daß das heutige Albanesisch davon abstammt.“ Man weiß, daß die beiden griechischen Gelehrten Strabon und Plutarch im ersten und zweiten Jahrhundert unsrer Zeitrechnung lebten. Somit waren bis dahin die Epiräer nichts weniger als Griechen. Wann sollen sie es nun geworden sein? Vielleicht unter römischer Herrschaft, als nach Aussage Titus Livius die Bevölkerung Griechenlands ein *colluvies gentium* geworden war, oder unter der Herrschaft von Byzanz, dessen Geschichtschreiber Michetas Choniales, Pachymerus, Chalcocondylas, Franzes usw. Epirus und Thessalien nur „die große und die kleine Walachei“ nennen?

Was Mazedonien betrifft, so war auch dessen Bevölkerung so wenig griechischen Ursprungs und im Gebrauche der griechischen Sprache, daß Demosthenes, der größte Redner Griechenlands, in seinen Reden Philipp den Dritten beständig einen Barbaren nennt. Außerdem ist historisch erwiesen, daß die Griechen zu jener Zeit in Mazedonien und Epirus nur einige kleine Kolonien besaßen, wie Amphipolis, Olynth usw. Wenn die Mazedonier zur Zeit Philipps des Dritten keine Griechen waren, wann wären sie es denn geworden? Vielleicht unter den Nachfolgern Alexanders, gegen die die Griechen die Hilfe der Römer anriefen, da jene Barbaren seien? Oder unter den Römern, oder unter den Byzantinern, als sich das römische Element, das in Mösien ansässig war, seitdem Aurelian seine Legionen und eine Anzahl römischer Kolonien am rechten Ufer der Donau angesiedelt hatte, fliehend vor dem Ansturm der Slawen in Mazedonien zu verbreiten begann? Oder noch später, als die Slawen und darauf die Türken in Mazedonien eingedrungen waren? Wurde damals diese Provinz vielleicht durch ein Wunder griechisch? Weder in jenem Zeitabschnitte noch überhaupt spricht die Geschichte von einer griechischen Invasion Mazedoniens.

Diesen Ausführungen Leontes sei noch hinzugefügt, daß das, was später, in nicht allzufern liegender Zeit, in Mazedonien, Epirus und Albanien als Hellenentum entstand, aus einer Verschmelzung von Ideen und Begriffen erwuchs. Der vom Sultan ernannte griechische Patriarch war der einzige Repräsentant der Christenheit in der Türkei, und mit der Zeit flossen die christliche und die hellenische Idee zu einem einzigen Gedanken zusammen. Das Griechische wurde die Kirchensprache, und von hier übertrug es sich auch auf den alltäglichen

Verkehr, sodaß die christlichen Bewohner Mazedoniens und Epirus noch heute, namentlich bei ihren Berührungen mit Ausländern, die griechische Sprache anwenden. Daheim in der Familie aber wird die Sprache der Ahnen als ein teures Erbeil behütet und gepflegt, jene Sprache, die die durch die Römerzüge und die spätern Völkerwirren ins Land gekommenen und dort festhaft gewordenen Volksgenossen der Rumänen, Bulgaren und Serben redeten und noch heute reden, und durch die sie mit ihren Heimatsbrüdern geistig verbunden sind.

Es ist also geschichtlich nicht begründet, daß die Griechen Mazedonien, Epirus und Albanien als Heimstätten ihrer Vorfahren und die jetzt diese Länder bewohnende Bevölkerung als ihre Stammesgenossen reklamieren. Nur gewisse Landstriche sind, wie es bei der Nachbarschaft Griechenlands natürlich ist, von Griechen besiedelt, in dem übrigen, unvergleichbar größern Teil der genannten Länder sind Rumänen, Serben, Bulgaren, Albanesen, Türken und Spaniolen (Juden) festhaft.

Aber ganz abgesehen hiervon — wohin würde es führen, wenn die Griechen auf Grund historischer Reminiszenzen Gebiete reklamieren wollten, die jetzt von andern Nationen besessen werden? Sie könnten dann ganz Süditalien, große Strecken in Afrika, die Stadt Marseille und andre Landstriche zurückfordern, und die Karte der Alten Welt müßte eine gründliche Umänderung erfahren, wenn man diesem Verlangen entsprechen wollte.

Auch das Interesse, das die Rumänen ihren Volksgenossen in Mazedonien zuwenden, ist wohl weniger von dem Wunsche diktiert, dereinst die Herrschaft über das von diesen bewohnte Land auszuüben — was bei dessen geographischer Lage ein Hirngespinnst wäre —, als dadurch ein Kompensationsobjekt in die Hand zu bekommen, das Rumänien bei einer Liquidierung der europäischen Türkei in Anrechnung bringen könnte.



Betrachtungen über innere Politik

Von Carl Negenborn

2



Als der Zunftzwang gefallen war, und die tatkräftigen Handwerker kleine Unternehmer wurden, zugleich viele neue Elemente in das Handwerk eindrangen, da gestaltete sich bald die Lage derer schwierig, die dem Kampfe nicht gewachsen waren, wie ihn der freie Wettbewerb hervorbrachte, und schon um 1840 erlebte das Handwerk seine erste Krisis. Aber die Klagen über die Schäden der Gewerbefreiheit konnten den Geist der freien Unternehmung nicht bannen, die Großindustrie drängte auf weiten Gebieten das Handwerk zurück, auf andern Gebieten verdrängte sie es ganz. Nur wenige konnten aufsteigen, viele wurden bei der Entwicklung vom Handwerk zum Fabrikbetrieb zum Arbeiter herunter-